



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- Profite und Verzicht
- Streiks in Spanien
- Fritz und der Terminator
- Opel feuert und heuert
- Hartz-Splitter
- Stallpflicht bis 25
- Betriebsratswahl

www.roter-kaefer.de

Für sie die Milliarden – für uns der Verzicht?

Das Ergebnis des VW-Konzerns stieg um 54 % auf 3,14 Mrd., der Reingewinn gar um 61 % auf 1,12 Mrd. €. Auch die Marken-Gruppe Volkswagen kehrte in die Gewinnzone zurück. Ihr Ergebnis beträgt 638 Mio. €.

Doch das alles reicht den Herren vom Vorstand nicht! Bis 2008 soll der Profit auf 5,1 Mrd. € steigen. Denn: der Gewinn kann nie hoch genug sein und der Börsenwert auch nicht. Da ist sich der gesamte Vorstand einig. Unterschiede gibt es anscheinend nur in der Art und Weise, wie gespart werden soll. Kostensenkungen entweder durch weniger Beschäftigte oder geringere Kosten pro Beschäftigten. Im Zweifel aber beides zusammen!

Dabei liegen alternative Vorschläge für Kostensenkungen auf dem Tisch:

- Ran an die Prozesse und Abläufe und die aufwändigen Konstruktionen! Das sind die Kostentreiber, so haben nach dem Betriebsrat jetzt auch Herr Bernhard und Herr Neumann festgestellt.

- Ran an eine Komponentenstrategie, denn dort liegt die Wertschöpfung und der Gewinn in der Zukunft.

- Ran an die Entwicklung der Werkzeugbauten, dort sitzt das Know-How für Prozesse, neue Technologien und Einsparungen. Das hat sich im Produktworkshop gezeigt.

Das hieße strategische Entwicklung von Volkswagen, das hieße langfristiges Denken.

Genau das

scheint Herr Bernhard bei McKinsey nicht gelernt zu haben. Für ihn scheint es einfacher zu sein, Werke zu verkaufen und auf Kosten der Beschäftigten zu sparen, als gewonnene Erkenntnisse umzusetzen.

Nur: dazu braucht es keine teuren Manager, die Millionen könnten sehr schnell eingespart werden!

Ohnehin sind die Managementfehler der Vergangenheit schon teuer genug gewesen. Die Nobel-Marken, die sich nie rechnen werden, die Visionstür, das Laserschweißen, die falsche Modellstrategie in China, Doppelentwicklungen bei VW und Audi . . . um nur einige zu nennen!

Um die unsozialen Vorhaben durchzusetzen, werden Gerüchte und Falschmeldungen in die Welt gesetzt. Zum Beispiel Komponente: da konnte man in Artikeln lesen, dass es sich um Werke ohne jede Technologie handele, die noch dazu Verluste produzieren. Woher hat die Presse solche Informationen? Von Beschäftigten und Betriebsräten sicher nicht.

Geschäftsschädigung ist so etwas und falsch obendrein. In Braunschweig z.B. steht neueste Technik, die Produktivität wurde im letzten Jahr um 10% gesteigert und es gab sogar Gewinn!

Für den Höchstpro-

fit ist den Herren jedes Mittel recht: Erpressung, das Schüren von Angst um den Arbeitsplatz, das Auspielen von Belegschaften der Standorte (national und international) gegeneinander, und Verleumdung, um die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu ziehen.

Gegenwehr ist nötig und möglich!

Gegenöffentlichkeit in Form von Leserbriefen und Pressemitteilungen, Aufklärung im Freundes- und Bekanntenkreis!

Gegendruck durch Aktionen: Betriebsratsinformationen während der Arbeitszeit, Besuche bei der Werk- oder Personalleitung, Begleitung von Verhandlungen (die Auszubildenden haben es vorgemacht!), Aktionen auf Betriebsversammlungen, wie zuletzt von den Azubis und den Beschäftigten der Kunststofftechnik in BS oder der Auftritt der Kollegen in WOB zur Verscherbelung des Tafelsilbers auf der letzten Betriebsversammlung.

Gegenwehr durch Streiks wie die Kolleginnen und Kollegen von Volkswagen in Pamplona es jetzt planen.

Einen Teilerfolg in Sachen Ausbildung bei Volkswagen gibt es ja! Und wenn man den letzten Brief von Bernhard liest, könnte man meinen, er rudert zurück!

Auf jeden Fall wäre es angebracht, die Gegenwehr gegen die Pläne des Vorstands zu verstärken. Damit die Herren, ob sie nun Bernhard heißen oder Pischetsrieder, merken, dass wir nicht zulassen, abgeschlossene Verträge in Frage zu stellen, nach dem Motto: Was schert mich mein Geschwätz und meine Unterschrift von gestern!



Was wird jetzt platt gmacht?

VW-Spanien: Streik gegen Erpressung

Nach den mit brutaler Erpressung erzwungenen Kündigungen von 660 KollegInnen bei Seat will der VW-Vorstand in Spanien offenbar durchziehen. Er legte dem Betriebsrat des VW-Werkes in Pamplona eine Betriebsvereinbarung vor, die erhebliche Verschlechterungen des geltenden Tarifvertrages verlangte und lockte im Falle der Zustimmung mit einer Produktionssteigerung um 10000 Polo pro Jahr. Als die Gewerkschaftsvertreter Anfang März ablehnten, konterte die Konzernzentrale nun mit der Drohung, die Produktion unter die bisherigen Stückzahlen zu senken.

Diese Erpressungspolitik ist natürlich nur dann möglich, wenn andere VW-Werke die entsprechende Produktion übernehmen. „Die Position der Standortverteidigung durch Verzicht führt lediglich dazu, dass man die Kolleginnen und Kollegen in anderen VW-Werken im Regen stehen lässt“, meinte dazu Benito Uterga, Sprecher der Betriebsräte-Mehrheit im Werk Pamplona. Die spanischen KollegInnen hoffen nun auf die Solidarität der anderen Werke. Gleichzeitig beschlossen sie einen Mobilisierungs-Stufenplan gegen die Vorstands-Erpressung. In der ersten Woche sollen 24

Stunden gestreikt werden, in der zweiten 48 Stunden, und wenn alles nichts hilft, danach unbegrenzt.

Auf der letzten Vertrauensleuteversammlung in Braunschweig wurde bereits eine Solidaritätsadresse formuliert. Öffentlichkeit soll hergestellt werden, wenn es wirklich einen unbefristeten Streik geben sollte, brauchen die KollegInnen Geld!! Es geht in Pamplona, wie auch bei uns, um dasselbe: Länger arbeiten für weniger Entgelt, größere Arbeitshetze und Auslagerung von Tätigkeiten sowie die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Wo hier noch zu oft der Standortlogik gefolgt wird, gehen die baskischen Kollegen einen anderen Weg: alle 4 Gewerkschaften sind sich einig und nehmen den Kampf gegen die Konzernzentrale auf!

Damit kämpfen sie auch dagegen an, uns als „billiges“ Beispiel präsentiert zu werden, mit dem wir dann erpresst werden können. Deshalb muss ihnen unsere Solidarität gehören!

Deshalb bleibt zu hoffen, dass auch der europäische Konzernbetriebsrat sie nicht „im Regen stehen lässt“ und die notwendige Solidarität organisiert.

Nicht nur bei VW steht das Tafelsilber auf der Verkaufsliste!

Wem gehört die Stadt?

Die Kommunalwahl findet erst im September statt, aber schon jetzt geht es heiß her. Die Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums wird vom Oberbürgermeister vor Gericht gezerrt, um einen Maulkorb verpasst zu bekommen. Niemand soll behaupten dürfen, dass der Verkauf der Abwasserentsorgung an den Multi Veolia von der Kommnalaufsicht nicht uneingeschränkt genehmigt sei.

Wie heißt es so passend: Getroffene Hunde jaulen. Unbequem sind die Enthüllungen der Bürgerinitiative über die fragwürdigen finanziellen Transaktionen. Haben sie und die Klagen von betroffenen Bürgern doch die Schwächen und Widersprüche im komplizierten Vertragswerk aufgedeckt.

Klar ist: Privatisierungen öffentlichen Eigentums bringen den Käufern Vorteile und kosten den Bürger bares Geld. Ob öffentliches Wohneigentum verkauft wird oder der Schlosspark, oder die Energieerzeugung, die Ampeln oder die Abwasserentsorgung – immer wird der Käufer versuchen, den Verkaufspreis möglichst schnell wieder herein zu bekommen. Das geht mit höheren Preisen, mit schlechteren Arbeitsbedingungen der Beschäftigten oder mit Verschlechterung der Leistungen.

Das viel gepriesene „Wunder von Braunschweig“ werden wir sehr bald als „blaues Wunder“ erleben. Der Verkauf des öffentlichen Eigentums hat die Stadt arm und abhängig gemacht. Tafelsilber kann man nur einmal verkaufen!

Der Oberbürgermeister und seine Ratsmehrheit nimmt die Interessen der Reichen und Mächtigen wahr. Die Munte und Boreks haben zusammen mit der Braunschweiger Zeitung Hoffmanns Wahlkampf nach Kräften unterstützt und tun das weiterhin. Diese geballte Macht der Unternehmer und ihrer Presse hat auch der OB-Kandidat der SPD zu spüren bekommen. Es ist gut, dass sich die SPD an die Seite der Bürgerinitiative gestellt hat, aber ob die Sozialdemokraten tatsächlich wieder eine soziale Politik machen werden, wird noch zu beweisen sein.

Wir, die DKP Braunschweig, werden eine linke Kandidatur zur Kommunalwahl unterstützen. Die außerparlamentarischen Bewegungen brauchen eine Vertretung im Stadtrat.

Infos zur Privatisierung unter:
www.unser-braunschweig.de
der Seite der Bürgerinitiativen



Fritz und der Terminator

„Also Fritz,“ sagt neulich der Willi in der Pause, „durch den Bernhard blick ich nicht mehr durch. Erst will er die Komponente am liebsten auf'm Flohmarkt verhökern, und dann schreibt er uns wieder Briefe, dass seien alles „Spekulationen ohne Grundlage“. Weiß der heute nicht mehr, was er gestern gesagt hat?“ „Dem glaub ich doch kein Wort mehr“, ruft Susi dazwischen, „der meint doch, er wär der Terminator, der bei VW knallhart ausmisten muß. Motto: Wer sich nicht rechnet, ist überflüssig!“- „Wenn ich den sehe, fällt mir immer die Romika-Werbung ein: Nichts wie reintreten!“, knurrt Ferdi. „Lasst Euch nicht täuschen“, mischt sich der dicke Paule ein, „der Bernhard gibt zwar den Rambo, aber der hat die ganzen Großkopferten hinter sich. Hat der Pischetsrieder auf der Pressekonferenz doch gesagt: ‚Der Konzernvorstand zieht an einem Strang‘.

Nur, dass wir das andere Ende um den Hals haben, hat er verschwiegen!“

Recht hat er, der Paule, meine ich. Der ganze Konzernvorstand steht hinter dem Ziel, den Profit bis 2008 auf über 5 Milliarden Euro hochzutreiben. Und sie sind sich einig: Das geht nur durch Arbeitsplatzabbau und Leistungsverdichtung, das geht nur, wenn unser Haustarifvertrag bis dahin mindestens auf Auto 5000-Niveau runtergeschruppt wird. Und dabei spielen sie sich gegenseitig die Bälle zu: Ihr Ziel, den Maximalprofit, verlieren sie dabei nicht aus den Augen. Und das hat System: Kapitalistisches System. Das müssen wir wissen, wenn wir unseren Haustarifvertrag verteidigen wollen. Denn dagegen gilt es anzukämpfen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Meint jedenfalls

Euer Fritz

Impressum:

Herausgeber:
DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel
V.i.S.d.P.: Werner Hensel
Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig



Lange und stürmische Betriebsversammlung im VW-Werk Wolfsburg

Die Betriebsversammlung am 9.3.06 im VW-Werk Wolfsburg war lang: 62 Diskussionsredner zu den Berichten von BR und Geschäftsleitung sorgten dafür, dass sie vom frühen Vormittag bis in die Abendstunden dauerte. Und sie war stürmisch. Schon zum Auftakt marschierte eine Demozug von ca. 1000 KollegInnen unter großem Beifall in die Halle 11 ein. Im Mittelunkt ein Wagen, von dem aus Herren im schwarzen Anzug und mit Bernhard-Masken Tafelsilber mit Aufdrucken verschleuderten: Europcar, Komponentenwerk Braunschweig, Komponentenwerk Salzgitter, Sitech, Ausbildung, Werk Brüssel.... Gleichzeitig wurde ein Flugblatt der VKL verteilt, auf der die „Verschleuderung un-

seres Tafelsilbers“ durch den Vorstand, v.a. durch Bernhard scharf angegriffen wurde.

Auch die Aussage mit der Einführung der 35-Stunden-Woche pro Pkw 300 € einsparen zu können wurde mit dem Hinweis widerlegt, dass das genau die Summe sei, die allein die verkorkte Visionstür kostet, die übrigen Management-Fehler wie Laserschweißen usw. noch gar nicht mitgerechnet.

Eine solch kämpferische Betriebsversammlung kann weder Höhepunkt noch Schlusspunkte des Kampfes um Tarifverträge und Arbeitsplätze sein – sondern ein guter Auftakt für kommende Auseinandersetzungen!

Opel Bochum: Feuern und Heuern!

In der letzten Ausgabe berichtete die DKP Bochum, dass bei Opel Bochum bis zu 300 Beschäftigte der Zeitarbeitsfirma Adecco arbeiten sollen. Inzwischen sind es mehr als 300 Zeitarbeiter bei Opel Bochum. Trotzdem sollen immer noch mehr als 800 Kollegen gehen. Anscheinend soll in der Salamitaktik Stammbesellschaft gegen Zeitarbeit ausgetauscht werden. Bei den bei Opel eingesetzten Beschäftigten von Adecco handelt es sich ausschließlich um qualifizierte Facharbeiter mit Metall-Berufsausbildung, deren Entlohnung allerdings um bis zu einem Drittel unter den Opel-Löhnen liegt. Außerdem unterliegt

der Einsatz von Beschäftigten von Zeitarbeitsfirmen bei Opel der totalen Flexibilisierung und erfolgt nach dem Motto „heuern und feuern“.

Der verstärkte Einsatz von Fremdfirmen und sog. Leiharbeitern bei Opel ist ein Stück kapitalistischer Produktionsphilosophie des GM-Konzerns. Diese besagt, es ist „egal, wer die Autos baut, Opelaner, Leiharbeiter oder Fremdfirmen. Die Hauptsache ist, man sei kostengünstiger als andere.“

(aus Linker Blinker, Zeitung der DKP für Opel Bochum 2/2006)

Hartz-Splitter

Neuer Hartz-IV-Plan: 3,2,1 – Arbeitsloser meins!

Arbeitslose sollen zukünftig versteigert werden können. Das jedenfalls hat der Direktor für Arbeitsmarktpolitik am Bonner IZA-Forschungsinstitut, Hilmar Schneider, vorgeschlagen. Mit dieser brisanten Forderung will er Billiglöhner an den Mann bringen. Funktionieren würde das ganz einfach: „Das Sozialamt schreibt ein Angebot für 80 arbeitslose Arbeitskräfte aus und dann kann jeder bieten, egal ob Unternehmen oder Privathaushalt. Das höchste Gebot gewinnt.“ Und Hilmar Schneider hat Visionen – gerade für Privathaushalte könnte das Modell interessant sein. Wer zum Beispiel seinen Keller entrümpeln will oder seinen Garten auf Vordermann gebracht haben möchte, der kann beim Auktionator Arbeitsagentur bieten, indem er einen Stundenlohn angibt, den er bereit ist zu bezahlen – es ist wie bei jeder Auktion. Wer für den Arbeitslosen am meisten zahlen will, der gewinnt.

Bundesdeutsche Karriere

Mit kaum 50 Jahren in die Dauerarbeitslosigkeit und nach einem Jahr in die Dauerverelendung ALG II. Dem folgt mit 67 Jahren dann die endgültige Verelendung in der Altersarmut. Grund: Seit Hartz IV wird noch nicht einmal ein Alibibeitrag für die Betroffenen in die Rentenkasse eingezahlt. Lediglich entsprechend dem Verelendungsregelsatz von 345,-Euro West und 331,- Euro Ost wird ein Minibeitrag in die Rentenkasse eingezahlt, der pro Jahr einer monatlichen Rente von unter 2 Euro entspricht.

Das Moto einer kriminellen Politikerklasse ist: „Wer arm ist stirbt auch früher“! Dafür hat die All-Parteien-Koalition mit Agenda 2010 und Hartz IV gründlich gesorgt. Auch so kann man Rentenproblematik und Massenarbeitslosigkeit auf grausame und menschenverachtende Art und Weise lösen.

Der rote Käfer im Internet – mit interessanten Links

www.roter-kaefer.de

Stallpflicht bis 25

Die neoliberale Bundestagsmehrheit hat im Februar weiteren Sozialabbau durchgepeitscht. Wer als junger Mensch am Arbeitsmarkt scheitert, wird jetzt bestraft: mit Verarmung und Entmündigung. Geht ein Erwachsener unter 25 Jahren im Gerangel um die letzten Überbleibsel an Arbeits- oder Ausbildungsplätzen leer aus, darf er dem Elternhaus nur noch in »besonderen Ausnahmefällen« den Rücken kehren. Dies besagt das Mitte Februar vom Bundestag in zweiter und dritter Lesung beschlossene Hartz-IV-Änderungsgesetz.

Das von den schwarz-rosa Großkoalitionären in einer Woche durchs Parlament gepeitschte Regelwerk sieht ferner drastische Leistungskürzungen für junge Erwerblose vor. Demnach sollen im Elternhaus lebende junge Erwachsene maximal noch

80 Prozent vom Regelsatz des Arbeitslosengeldes II = 275,- Euro erhalten.

Das faktische Umzugsverbot für Jugendliche trat mit sofortiger Wirkung in Kraft. Künftig sollen die Kosten für eine eigene Wohnung und der volle ALG-II-Regelsatz nur noch dann gezahlt werden, wenn die Betroffenen »dafür gute Gründe haben«, so Arbeits- und Sozialminister Müntefering im Plenum. Was unter »guten Gründen« zu verstehen ist, bleibt allerdings der Willkür der Arbeitsagenturen überlassen. Nach den Vorgaben der Regierungpropaganda gilt es bereits als ein Vergehen, sich als junger Erwachsener eine eigene Existenz aufbauen zu wollen. Für die Neoliberalen aus CDU und SPD sind mit den jungen Erwachsenen die Schuldigen für die Milliardenlöcher beim ALG II gefunden.

Betriebsratswahl 2006

Bis zum 30. März finden in den VW-Werken die BR-Wahlen statt. Termine und Anzahl der konkurrierenden Listen sind an den Standorten unterschiedlich. Einheitlich ist unsere Empfehlung für die Beschäftigten: Nehmt Euer Wahlrecht wahr und stimmt für die Listen der IGMetall!

Verfehlungen von einigen Betriebsräten, Unzufriedenheit mit einzelnen Personen, oder auch zweifelhafte Entscheidungen von ganzen BR-Gremien sollten innerhalb der Gewerkschaft unter Formulierung von Alternativen ausgetragen werden. Protest in Form von Wahlenthaltung und ungültigen Stimmzetteln hilft nicht weiter! Es ist nicht die Zeit, Meinungsunterschiede in den Vordergrund zu stellen. Einheit und Bündelung der Kräfte ist angesagt um dem Vorstand die Stirn zu bieten und Tarifverträge zu verteidigen. Der Vorstand wird genau beobachten, ob es eine sinkende Wahlbeteiligung oder ein schlechteres Wahlergebnis für die IGM gibt. Danach wird er entscheiden, ob seine Angriffe Aussicht auf Erfolg haben. Wenn das Wahlergebnis sich nahe am Organisationsgrad der IGM bewegt, wird er wissen, dass er mit dem einheitlichen Widerstand der Beschäftigten zu rechnen hat. Das zählt – nichts anderes!

Unser Vorschlag für den Gesamtbonus 2006 (für 2005)

2000 Euro
auf die Vorauszahlung
im November
(Weihnachtsgeld)



Gründe gibt es genug: Verzicht im letzten Jahr, Steigerung des Gewinns und Steigerung der Dividende für die Aktionäre um 10%!

Zweierlei Räuber

(Knut Becker, 2005)

Wenn Dir hierzulande einer die Brieftasche raubt wird er gesucht, ermittelt, bestraft.

Wenn Dir hierzulande einer den Arbeitsplatz raubt wird er weder gesucht, noch ermittelt, geschweige denn bestraft.

In diesem Land gilt offenbar die Brieftasche mehr als der Arbeitsplatz.

unsere zeit

www.unsere-zeit.de
UZ - Zeitung der DKP

Abo & Information
CommPress Verlag,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel: 0201 24 86 482
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____